

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Lenzer, Pfeffermann, Benz, Engelsberger, Röhner, Dr. Franz, Roser, Dr. Freiherr Spies von Büllenheim, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz und der Fraktion der CDU/CSU

betr. Stellungnahme der Bundesregierung zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Organisation, Planung und Förderung der Forschung

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Organisation, Planung und Förderung der Forschung von April 1975, welche Stellungnahmen hat sie in der Zwischenzeit hierzu abgegeben, und stimmen die Länder insgesamt mit dieser Beurteilung überein?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die Vorschläge des Wissenschaftsrates zur Abstimmung der Forschungsförderung innerhalb des staatlichen Sektors (S. 47)?
3. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Vorschlag zur Ausgestaltung und Entwicklung der Forschung zu, eine Abstimmung der Planungen auf regionaler Ebene auch unter Einbeziehung von Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschule durchzuführen?
4. Welche Leistungspläne für Fachprogramme im Bereich „Forschung der Bundesregierung“ sind bisher erschienen, wann wurden zum ersten Male Leistungspläne angekündigt, und warum sind bisher noch nicht zu allen Fachprogrammen Leistungspläne vorgelegt worden?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, bei der Beratung durch die Vielzahl der Berater des Forschungsministeriums nicht nur den Inhalt der Programme, sondern auch ihren Umfang oder ihre Zweckmäßigkeit überhaupt infrage stellen zu lassen?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, dem beratenden Ausschuß für Forschungspolitik des Forschungsministeriums auch zum Beratungsplan des Ministeriums selbst Stellung nehmen zu lassen?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik des Wissenschaftsrates an den Fachprogrammen, insbesondere: „Ein für

die Umsetzung von Zielen in Forschungsprojekte ausreichendes Maß an Konkretheit ist nicht bei allen Programmen gegeben. Die mangelnde Konkretheit führt dazu, daß die Wissenschaft auf eine Veröffentlichung des Programms nicht mit zielgerichteten Anträgen reagieren kann.“?

8. In welchem Umfange will die Bundesregierung das Programmanagement bei den Fachprogrammen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie verbessern im Hinblick auf die detaillierten Vorschläge des Wissenschaftsrates (S. 62)?
9. In welchem Umfange findet heute eine Abstimmung der Forschungsförderung des Ministeriums für Forschung und Technologie mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft statt, wie vollzieht sich diese Abstimmung im einzelnen, wie unterscheiden sich insbesondere auch die Auswahlverfahren für Forschungsprojekte beim Bundesminister für Forschung und Technologie und der Deutschen Forschungsgemeinschaft?
10. Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik des Wissenschaftsrates an der Beurteilung und Auswahl von Förderungsanträgen, insbesondere: „Bedenken sind anzumelden, wenn die abschließende Wertung der Förderungsanträge in Gruppen vorgenommen wird, deren Beratungsauftrag so eng umschrieben ist, wie das bei den meisten der ad hoc-Ausschüsse im Bereich der technologischen Forschung und Entwicklung der Fall ist. In solchen Ausschüssen kann keine Abwägung gegenüber Vorhaben auf anderen Gebieten des gleichen Programms, geschweige denn anderer Programme vorgenommen werden. Gerade eine solche vergleichende Abwägung wie sie z. B. im Hauptausschuß der Deutschen Forschungsgemeinschaft möglich ist, erscheint aber um der Maßstäbe und Kriterien willen als unverzichtbar. Darüber hinaus führt die Überzahl allzu spezifisch ausgerichteter Beratungsgremien dazu, einen Einfluß ihrer Mitglieder auf die Entscheidungen zu verhindern.“?
11. Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen Erfahrungen mit Projektträgern und Projektbegleitern bei der Durchführung der Fachprogramme im Forschungsbereich, und gedenkt sie gegebenenfalls hier Änderungen herbeizuführen?
12. Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die Vorschläge des Wissenschaftsrates zur Ressortforschung, und welche Folgerungen zieht sie hieraus für eine Umstrukturierung?
13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Beratungsfunktion der Deutschen Forschungsgemeinschaft, insbesondere die Meinung des Wissenschaftsrates „die Deutsche Forschungsgemeinschaft nimmt seit Beginn ihrer Tätigkeit in erheblichem Umfange Beratungsaufgaben für Parlamente und Ministerien in wissenschaftlichen Fragen wahr. Nicht zuletzt diesem Zweck dient eine Reihe ihrer Senatskommis-

sionen“, und welche konkreten Beratungsfunktionen hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft seit 1960 gegenüber Bundestag und Bundesregierung wahrgenommen?

14. Welche Stellung mißt die Bundesregierung der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Bereich der „Forschungsplanung“ zu, und wie beurteilt sie Vorschläge des Wissenschaftsrates zu diesem Bereich (S. 72)?
15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge des Wissenschaftsrates zur Stimulierung privater Initiativen im Bereich der Forschungsförderung, und gedenkt sie insbesondere gegebenenfalls das Stiftungsrecht zu ändern?
16. Welche Forschungseinrichtung des Bundes oder mit weitgehender Unterstützung des Bundes gegründete Forschungsinstitute sind seit 1970 in der Bundesrepublik Deutschland errichtet worden; welches waren die Gründe hierzu; ist der Wissenschaftsrat hierbei konsultiert worden?
17. In welchem Umfange findet eine regelmäßige Überprüfung der mit Mitteln des Bundes geförderten Forschungsinstitutionen durch Bund und Länder statt, insbesondere zur Klärung der Frage, ob diese Forschungsinstitute weiter finanziert werden sollen, gibt es Fälle der Schließung staatlich geförderter Forschungsinstitute, inwieweit sind die Länder an dieser Überprüfung beteiligt?
18. Gedenkt die Bundesregierung die Verwirklichung der Vorschläge des Wissenschaftsrates hinsichtlich der Mitwirkung der wissenschaftlichen und technischen Mitarbeiter bei der Auswahl der Forschungsgegenstände zu unterstützen?
19. Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die Vorschläge des Wissenschaftsrates zur Forschungsbewertung, und welche Folgerungen hat sie hieraus für ihre praktische Arbeit gezogen?

Bonn, den 4. Februar 1976

Lenzer

Pfeffermann

Benz

Engelsberger

Röhner

Dr. Franz

Roser

Dr. Freiherr Spies von Büllenheim

Dr. Stavenhagen

Frau Dr. Walz

Carstens, Stücklen und Fraktion

